

An American Newspaper which stands for American ideals and principles — published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 354), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Donnerstag, den 31. Juli 1919.

4 Seiten.—Nr. 120.

Ludendorff v. Lt Schuld L. n sich ab

Sagt, Ex-Kaiser war für Maßnahmen des Kronrats verantwortlich; dem deutschen Volke werden große Enthüllungen versprochen

Erzbergers Beschuldigungen als falsch hingestellt

Berlin, 31. Juli. — General Ludendorff hat in der Deutschen Tageszeitung eine Erklärung abgegeben, wonach die Entscheidung des im Jahre 1917 abgehaltenen Kronrats über die belgische Gebietsfrage vom früheren deutschen Kaiser beeinflusst wurde. Wie Ludendorff sagt, hatte das große deutsche Hauptquartier die damalige militärische Situation in einfacher Weise fixiert und angegeben, welche Maßnahmen nötig waren, um die deutsche Westgrenze in ökonomischer Beziehung zu schützen. Diese Frage habe der frühere deutsche Kaiser allein entschieden. Was die militärischen Behörden für einen wirtschaftlichen Verband mit Belgien als nötig erachteten, wurde gefordert in der Nationalzeitung veröffentlicht. Darnach sollte das deutsche Zollsystem sich auf Belgien erstrecken; auf dortige Monopole sollten Steuern erhoben und die belgische Besteuerung sollte unter deutsche Kontrolle gebracht werden. Die Einkommensteuer sollte verteilt und deutsche Handelskammern gegründet werden. Dem deutschen Seehandel sollte der Hafen von Antwerpen zur Verfügung gestellt und die deutsche Seewehrung in Belgien eingeführt werden. Alle Schadenersatzansprüche Belgiens gegen Deutschland sind für null und nichtig zu erklären. Deutschland würde die belgischen Bahnen übernehmen, und das deutsche Arbeiter-Versicherungsrecht würde in Belgien eingeführt werden.

Kan wies auf seine eigene Initiative daraufhin, daß die Vorschläge keine genügenden Garantien für Belgien enthielten. Kardinal Gasparri, der päpstliche Staatssekretär benutzte diese Gelegenheit und telegraphierte an Deutschland; er verlangte Aufklärung über die Belgien betreffenden Punkte. Es war ein Versuch, um eine Konversation zu beginnen; die britische Regierung machte der Unterhaltung jedoch ein rasches Ende und der britische Gesandte in Brüssel unternahm weiter nichts.

Herr Ribot fuhr fort: „Ich sagte einfach zur britischen Regierung: „Läßt Euch nicht in eine derartige indirekte Unterhaltung verwickeln.“ Und das erledigte die Angelegenheit.“

Bar Juppelin zu verbanen.

Berlin, 31. Juli. — Die „Rundschau“ teilt mit, daß das ganze Verdict an dem erfolgreichen Ozeanflug des Luftschiffes „R-34“ dem Grafen Juppelin gebühre. Dem Erfinder sei wenigstens durch seinen Tod das beste Bewußtsein erpart worden, England die ganze Anerkennung und den Lohn seiner Arbeit einheimisch zu sehen.

Unterstaatssekretär Polk optimistisch

Paris, 31. Juli. — Der hier vor zwei Tagen eingetroffene amerikanische Unterstaatssekretär Frank E. Polk soll sich bezüglich der amerikanisch-französischen Vertragsausführungen in optimistischer Weise über die Realisation des amerikanisch-französischen Vertrags ausgesprochen haben. Zu Kreisen der Friedensdelegation macht sich die Meinung geltend, daß die Ver. Staaten keine Mandate annehmen werden und daß wahrscheinlich Großbritannien die Mandate über die Türkei und Konstantinopel übertragen werden. (Ägypten, Mesopotamien, der größte Teil Afrikas würden somit unter dem Regime Großbritanniens kommen.)

Hohe Ehrung für General Pershing

Washington, 31. Juli. — Das Haus-Komitee für militärische Angelegenheiten, hat die Bill, wonach General John Pershing und General Peyton C. March, Stabschef, den permanenten Rang als General erhalten sollen, mit Pershing im Vorrang, günstig einberichtet.

Deutsche Expedition nach dem Nordpol

Berlin, 31. Juli. — Dr. Reibitz von Danzig und Dr. P. Geisler von Halle planen eine Expedition nach dem Nordpol. In Nord ihres Schiffes werden sich mehrere für Forschungszwecke speziell gebaute Aeroplane befinden, die auch imstande sind, über das Eis hinwegzufliegen.

Hohe Löhne oder billige Lebensmittel

Washington, 31. Juli. — Die Lokomotiv-Maschinen des Landes haben der Regierung die Alternative gestellt, entweder die Löhne derselben nochmals zu erhöhen oder Schritte zu tun, um dem Arbeiter billigeres Lebensmittel zu beschaffen. Warren S. Stone, der oberste Beamte der Lokomotivführer, und die Vertreter anderer Organisationen übergeben dem Präsidenten das Gesuch der betreffenden Vereinigungen. Der Präsident nahm das Gesuch entgegen und versprach, der Sache die nötige Beachtung zu schenken, um auszufinden, was die Regierung in der Angelegenheit tun kann.

Washington, 31. Juli. — Nach einem späteren Bericht wird der Präsident eine Kabinettsitzung einberufen. Es ist noch nicht entschieden, ob diese Sitzung vor dem nächsten Dienstag stattfinden wird.

Türken und Tataren gegen Armenien

Die Lage bedrohlich; amerikanische Zufuhren von Lebensmitteln abgeschnitten.

Paris, 31. Juli. — Major Joseph C. Green von Cincinnati, der das amerikanische Unterstützungswerk in Rumänien von Tiflis aus leitet, meldet, daß Türken und Tataren von drei Seiten gegen Armenien vordringen und die für die Armenier bestimmten amerikanischen Zufuhren abgeschnitten haben. Militärische Hilfe ist sofort nötig; die Armenier sind mit Vernichtung bedroht. Herbert Hoover hat die Depesche Greens sofort der Friedenskonferenz unterbreitet. Derselbe hat bereits ähnliche Nachrichten von anderen amerikanischen und britischen Quellen erhalten.

Unter 22. Juli hatte Major Green nachstehende Depesche von Tiflis geschickt: „Satte heute eine längere Konferenz mit dem armenischen Präsidenten. Die Lage gestaltet sich immer schlimmer. Die türkische Armee ist gut ausgerüstet und rückt zusammen mit Tataren von drei Seiten gegen Armenien vor. Falls nicht sofort militärische Hilfe gebracht wird, dann steht ein größeres Massaker zu erwarten, wie im Jahre 1915, und die armenische Nation wird zur Schande der Welt vernichtet werden. Das Unterstützungswerk ist vollständig gelähmt; die Ernährung muß sofort wieder hergestellt werden. Kann nicht etwas von Seiten der britischen Streitkräfte im Kaukasus geschahen um die Armenier zu retten?“

Unter 24. Juli deponierte Major Green: „Türken und Tataren rücken in den Distrikten Karabagh und Nagh vor; sie haben jetzt das fröhliche russisch-armenische Gebiet besetzt. Ein türkischer Oberst befehligt die Azerbaidschan Tataren.“

Banditenchef Villa plant große Aktion

Washington, 31. Juli. — Hier eingetroffene Nachrichten aus der Stadt Mexiko belagern, daß Francisco Villa seinen General Constantino Galvan zum Kommandeur seiner Truppen, der „Armee des Ostens“ von Mexiko, gemacht hat und ihn amies, einen rücksichtslosen Krieg gegen die Anhänger von Felix Diaz zu führen. Nach der Ansicht hiesiger Gegner der Carranza Regierung bedeutet dies, daß Villa die Absicht hat, alle jene Landstriche der Republik Mexiko, welche außerhalb der Gewalt der Carranza Regierung liegen, unter seine unmittelbare Kontrolle zu bringen. (Diese Nachricht widerspricht kürzlichen Meldungen, denen zufolge Villa seine Streitkräfte bis zum September aufstiehe und sich angeblich in Begleitung des General Angeles nach Japan begab, um dortselbst Munition anzukaufen. (Knn. d. Reb.)

Die Ursache des Caporetto-Unheils

Rom, 31. Juli. — Der Bericht der Regierungskommission, welche ernannt worden war, um das Caporetto-Unheil zu untersuchen, das über die Italiener im Oktober 1917 herabdrückte, als die italienische Front während der österreichisch-deutschen Offensive durchbrochen wurde, wurde gestern veröffentlicht.

Die Kommission führt die italienische Niederlage auf drei Ursachen zurück.

1. Der mächtige Einfluss ungünstiger Propaganda, welcher die Moral der italienischen Truppen stark beeinflusste.
2. Politisches Einmischen in die militärischen Pläne.
3. Mangel an militärischer Umsicht, Unterbewertung der feindlichen Kräfte und Mangel an Vorbereitungen und Material.

Wollen die deutschen Kriegsschiffe heben

London, 31. Juli. — Wie im britischen Unterhause gestern bekannt gegeben wurde, sind bereits alle Vorbereitungen beendet, um von der in Scapa Flow verankerten deutschen Kriegsstärke ein Schlachtschiff, drei leichte Kreuzer und fünfzehn Zerstörer zu heben. Wie verlautet, soll über die Verankerung der Schiffe keine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden.

Wer für den Friedensvertrag war

Einiges über die Abstimmung in der deutschen Nationalversammlung.

(Aus der „Frankfurter Zeitung.“) Weimar, 24. Juni. Nach amtlicher Feststellung des Bureaus der Nationalversammlung haben am Sonntag für den Antrag Schultze-Groder (die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden) gestimmt: Das Zentrum mit Ausnahme des in Oberböhmen gewählten Bittu und des Abgeordneten Schneider (Franken), ferner die Reichsvereinsdemokraten geschlossen und sechs demokratische Abgeordnete, nämlich Herrmann (Württemberg), Reifner, von Bayer, Freiber von Nidthalen, Vershofen und Böppel. Gegen die Unterzeichnung haben gestimmt alle übrigen demokratischen Abgeordneten, außerdem die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen Volkspartei, sowie die Wesen Alpers, Colshorn und Langbeil. Der Abstimmung enthielten haben sich die bayerischen Volkspartei Bachmeyer, Dürr, Eisenberger, Dr. Heim, Fel, ferner der demokratische Abgeordnete Schneider (Sachsen). Bei der Abstimmung haben gestimmt und zwar, wie wir wissen, abgesehen der früheren Reichspräsidenten Scheidemann, der bisherige Minister Landsberg, der preussische Minister des Innern Heine, der Zentrumsabgeordnete Stegwald, der Sozialdemokrat Fischer (Berlin), der sozialdemokratische Abgeordnete Wilmig, der der Staatskommissar für den Osten ist, außerdem der bayerische Minister Hoffmann, sowie eine Reihe anderer Sozialdemokraten, die Gegner der Unterzeichnung sind.

Wie man in Westdeutschland dachte und welche Befürchtungen man hegte, geht aus folgendem Schluß eines Leitartikels in der „Frankfurter Zeitung“ hervor:

Der die ganz unglückseligen Verhandlungen im belagerten Gebiet, die langsame Erschöpfung der nationalen Energie unter der Wirkung der unerbötlich raffinierten Vergiftung durch die Befehlenden aus der Nähe beobachtet, der fühlt die außerordentliche Größe der Gefahr, der Deutschland in seinem heutigen Zustand bei einem weiteren Vorrücken der Feinde ausgesetzt wäre. Wie eilig es die Franzosen hätten, die Rheinlinie zu besetzen, um dann den großen Plan der französischen Auflosungspolitik mit aller Energie auszuführen, war uns längst bekannt, und es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß sie diese deutschen Provinzen nicht nur politisch, sondern vor allem auch wirtschaftlich treffen wollten.

Mag es auch für einen General im Kriegszustand unvermeidlich sein, mit allen erdenklichen Schutz- und Machtmitteln in Deutschland einzurücken — die vier Jahre deutscher Verteilung scheinen die Franzosen auch jetzt noch, wo Deutschland unterworfen ist, zu der größten militärischen Vorsicht zu bestimmen. — So ließen doch die gewaltigen Vorbereitungen jenseits der neutralen Zone, die sich um den verfallenen Boden, auf dem sie stattfanden, wenig summierten, auf eine wahre Ueberflutung Deutschlands mit Truppen aller Arten vordringen. Der voreilige Vorrücken der französischen Heerhaufen bis an die innere Grenze unserer Stadt, der gestern abend noch vor Ablauf der Frist des Ultimatum die Bevölkerung in Erstaunen und Enttäuschung versetzte, ließen ahnen, mit welcher ungeheuren Aufmerksamkeit der neue „Krieg“ geführt werden sollte. West- und Süd-Deutschland wären mit all ihrem Besitz dieser Ueberflutung ausgesetzt gewesen.

Und zwar unter „Kriegsrecht“ und unter Verletzung auf gewisse Vorbehalte. Ueberflutung von allen Seiten; denn auch im Osten wäre der Feind marschiert. Dort stehen deutsche Truppen, sie mögen Borräte gesammelt haben, aber das spielt doch alles angesichts unserer inneren Zerrüttung, angesichts des fürchterlichen Elends, der durch Kohlenmangel erzeugten Arbeitslosigkeit, der Unterbindung jeglichen Verkehrs und geregelter Zufuhr, der vollkommenen Atomlosigkeit des ganzen Volkes gar keine Rolle. Jede über jede Streitfrage Streit, Ruinen, Seuchen, krafftestes Elend — alle fürchterliche Not des Hungers und des Bürgerkrieges. Nein, die Regierung mußte, was sie tat, als sie sich unterwarf. Alles andere wäre unausdenkbar gewesen.

Der Straßenbahn-Streik in Chicago

Keine Aussicht vorhanden, daß derselbe vor Samstag beigelegt werden kann.

Chicago, Ill., 31. Juli. — Nach Ansicht der Beamten der ausständigen Angestellten der Straßen- und Hochbahnen, sowie auch der Leitung der vom Streik betroffenen Betriebe, ist gegenwärtig keine Aussicht vorhanden, daß der Ausstand vor Samstag beigelegt werden kann. Man hofft hier allgemein, daß sich die Streiker bei einer allgemeinen Abstimmung, welche am Freitag stattfindet, für die Rückkehr zur Arbeit entscheiden werden und sich nicht von jenen Radikalen weiterhin leiten lassen, welche den Ausstand verurursachen.

Präsident Mahon teilte den Mitgliedern der Organisation mit, daß das Angebot der Straßenbahn- und Hochbahn-Gesellschaften, demzufolge den Arbeitern ein Stundenlohn von 65, resp. 67 Cents per Stunde, ein achttündiger Arbeitstag und 50-prozentige Lohnzulage für Überzeit zugesichert wird, nach dem Freitag ungültig ist, wodurch die Lage der Streiker sehr gefährdet wird.

Die allgemeine Abstimmung über den Streik beginnt am Freitag um 8 Uhr morgens und schließt um 4 Uhr nachmittags. Das Resultat der Abstimmung wird nach der Mitternacht bekannt gegeben werden. Gouverneur Landon ist der Ansicht, daß der neue Stundenlohn gerecht ist und von den Angestellten akzeptiert werden sollte.

Die Bewohner Chicagos suchen sich der Streiklage nach besten Kräften anzupassen und Tausende von Personen, welche in den Vororten wohnen, aber im Innern der Stadt beschäftigt sind, sind gegenwärtig gezwungen, entweder in Hotels oder in den Offices selbst zu übernachten, da der Heimweg, wenn zu Fuß zurückgelegt, zuviel Zeit in Anspruch nimmt.

Mandatsfrage mag zum Streit führen

Paris, 31. Juli. — Der erste internationale Streit, welcher sich infolge des Mandatsystems der kolonialen Verwaltung, wie sie in der Konstitution der Liga der Nationen vorgesehen wird, erheben mag, droht.

Le Temps behauptet, daß ein Bericht die Empfehlung enthalten würde, daß das französische Gesuch um das Mandat über Syrien nicht gewährt werden sollte. Man sagt, daß der Bericht der amerikanischen Kommission dazum würde, daß Palästina nicht wünscht, von Syrien losgetrennt zu werden und daß für beide Länder das Mandat den Ver. Staaten übertragen werden sollte, oder wenn der amerikanische Senat das Gesuch zurückweisen sollte, es an Großbritannien fallen sollte. Dies würde ein schwerer Schlag für die französischen Interessen in der Levante sein; wo Frankreich seit Jahrhunderten der Vorkämpfer gewesen ist und große geschäftliche Interessen angebaut hat. Dies ist eine Erklärung dafür, weshalb „Le Temps“, welche gewöhnlich die britische Politik unterstützt, mit einem kausen Angriff auf die britischen Agenten in der Levante herauskommt.

Tadelt Verwendung von Truppen bei Streik

London, 31. Juli. — Die Idee, daß Streitkräfte der Regierung in den Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeiter eingreifen sollen, wo es sich darum handelt, das Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter gegenseitig zu ordnen, ist für mich eine anstößige, sagte der Kriegsminister Winston Spencer Churchill im Hause der Gemeinen, als die Frage wegen eines Streiks zur Sprache kam. In einem freien Lande sollte das Volk das Recht haben, den Streit selbst zu erledigen, ohne daß der Staat seine Macht dabei einsetzt. Nur in Fällen, wo der Streik gefährdet oder der Staat in Gefahr ist, sollte der Staat seine Streitkräfte als Schutz anwenden.

Der Senat bricht mit Geheimpolitik

Verhandlungen über den Friedensvertrag werden öffentlich geführt; Finanz-Experte Baruch wird zuerst vernommen werden

Herr Wilson setzt Konferenz mit Senatoren fort

Washington, 31. Juli. — Mit einem Jahrhundert alten Gebrauch brechend, begann heute das Senatskomitee mit öffentlichen Verhandlungen über den Friedensvertrag. Der Sachverständige aus dem Gebiet des Finanzwesens Bernard M. Baruch, Ratgeber der amerikanischen Friedenskommission in Paris, wird über die ökonomischen Klauseln Ausschluß geben. Das Komitee will in Erfahrung bringen, bis zu welchem Grade die Ver. Staaten durch die finanziellen und ökonomischen Klauseln betroffen wird. Nach Ansicht mehrerer Senatoren aber ist die heutige Sitzung des Komitees insofern von Bedeutung, daß die traditionelle Politik des Senats bei Befragung von Verträgen, über deren Befolgen bisher tiefes Geheimnis bewahrt wurde, beiseite gesetzt und alles öffentlich verhandelt wird. Hundert Jahre lang wurden Vertragsverhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt. Keine europäische Staatskanzlei war mehr bemüht, Staatsgeheimnisse zu wahren, wie der Bundesrat. Jetzt ist mit dem Abtraggebrachen einseitig gebrochen worden. Vorab und Johnson hatten bereits vor Monaten darauf gedrungen, daß die Vertragsverhandlungen öffentlich geführt werden sollten; man hatte indessen geglaubt, daß sie ihre Absichten nicht ohne Kampf durchsetzen würden; und das ist nicht der Fall gewesen. Der Grund, weshalb man keine Befragungen hinter geschlossenen Türen haben wollte, ist darin zu suchen, daß geheime Verhandlungen „Leak“ verursachen, durch welche Lauschen verbreitet würden und Gegnern wie Bedenken keine Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Deshalb soll das Publikum alles erfahren, was wirklich vorgeht.

Washington, 31. Juli. — Das Haus hat heute die Vorlage angenommen, wonach die Regierung jeden feindlichen Fremden nach seiner alten Heimat zurückzuführen kann, der jetzt in diesem Land in Gewährung gehalten wird.

Der Abschub von Unwünschenswerten

Washington, 31. Juli. — Das Haus hat heute die Vorlage angenommen, wonach die Regierung jeden feindlichen Fremden nach seiner alten Heimat zurückzuführen kann, der jetzt in diesem Land in Gewährung gehalten wird.

Komponisten aus Wien kommen

Wien, 31. Juli. — Der Wiener Komponist Oscar Strauß, organisiert für sich und eine Anzahl österreichischer Komponisten, darunter Franz Lehár und Emmerich Kalman, sowie eine Anzahl Sängerkunstler, eine Tournee durch die Vereinigten Staaten. Seine Absicht ist, sie im Frühjahr, wenn Pässe erhältlich sind, zu beginnen.

Postmeister werden Nähemittel verkaufen

Washington, 31. Juli. — In Ausführung eines Vorschlages, welcher gestern vom Abgeordnetenshaus angenommen wurde, werden die Postmeister des ganzen Landes als Verkaufsagenten der Regierung bei der Abhebung der überflüssigen Armeevorräte an Nahrungsmittel fungieren. Dieser Vorrat besteht aus Lebensmittel aller Art und hat ein Gesamtgewicht von etwa 341,000,000 Pfund. Der Verkauf derselben soll in etwa einer Woche allgemein in Angriff genommen werden. Der Verkaufspreis setzt sich aus dem Originalkostenpreis, zuzüglich der Postbeförderungsgebühren zusammen. Jeder der 54,000 Postmeister des Landes, sowie auch jeder Landbriefträger erhält eine ausführliche Liste der vorhandenen Vorräte und ist berechtigt, Bestellungen für solche entgegen zu nehmen. Kriegssekretär Baker hielt bereits gestern mit den Postautoritäten eine diesbezügliche Konferenz ab. Der Verkauf erfolgt in kleinen Quantitäten, um so dem Durchschnittsbürger Gelegenheit zu geben, sich einen Vorrat einzulegen, um dadurch die hohen Kosten des Lebensmittelunterhaltes zu vermindern.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich Schauer heute nachmittag oder abend. Freitag bewölkt und kühl.

Marshall Koch erhält Ehrensäbel

London, 31. Juli. — Als man dem Marshall Koch in Guild Hall die Freiheit der Stadt anbot, wurde ihm gleichzeitig ein Ehrensäbel überreicht. Bei der Zeremonie waren Prinz Arthur of Connaught, Feldmarschall Haig und Mitglieder des Kabinetts anwesend. Koch wurde durch eine militärische Eskorte geleitet. Nach der Zeremonie wohnte er einem Luncheon im Mansion House bei.

Präsident Wilson hat die Senatoren New und Watson von Indiana sowie Keys von New Hampshire zu einer Konferenz eingeladen, um diesen Ausschüsse über den Friedensvertrag zu geben. Personen, die im Weißen Hause vortrugen, erklärten, daß der Präsident noch feinerer Andeutungen gemacht habe, daß er willens sei, sich auf einen Kompromiß einzulassen.

Wie es sich jetzt herausstellt, wird Herr Wilson seinen großen Zirkel

Washington, 31. Juli. — Das Haus hat heute die Vorlage angenommen, wonach die Regierung jeden feindlichen Fremden nach seiner alten Heimat zurückzuführen kann, der jetzt in diesem Land in Gewährung gehalten wird.

Die richtige Benennung von Flugzeugen.

Washington, 31. Juli. — Um sprachliche Verwirrungen, die sich mit der Entwicklung der Luftschiffahrt eingestellt haben, aus der Welt zu schaffen, bestimmte der Fliegerdienst der Bundesarmee, daß lenkbare Luftballons und andere Luftfahrzeuge, die leichter als die Luft sind, als „Luftschiffe“ zu bezeichnen sind. Flugmaschinen, die schwerer als die Luft sind, fallen unter die allgemeine Bezeichnung „Aeroplanes“.

Die richtige Benennung von Flugzeugen.

Washington, 31. Juli. — Um sprachliche Verwirrungen, die sich mit der Entwicklung der Luftschiffahrt eingestellt haben, aus der Welt zu schaffen, bestimmte der Fliegerdienst der Bundesarmee, daß lenkbare Luftballons und andere Luftfahrzeuge, die leichter als die Luft sind, als „Luftschiffe“ zu bezeichnen sind. Flugmaschinen, die schwerer als die Luft sind, fallen unter die allgemeine Bezeichnung „Aeroplanes“.

Die richtige Benennung von Flugzeugen.

Washington, 31. Juli. — Um sprachliche Verwirrungen, die sich mit der Entwicklung der Luftschiffahrt eingestellt haben, aus der Welt zu schaffen, bestimmte der Fliegerdienst der Bundesarmee, daß lenkbare Luftballons und andere Luftfahrzeuge, die leichter als die Luft sind, als „Luftschiffe“ zu bezeichnen sind. Flugmaschinen, die schwerer als die Luft sind, fallen unter die allgemeine Bezeichnung „Aeroplanes“.

Die richtige Benennung von Flugzeugen.

Washington, 31. Juli. — Um sprachliche Verwirrungen, die sich mit der Entwicklung der Luftschiffahrt eingestellt haben, aus der Welt zu schaffen, bestimmte der Fliegerdienst der Bundesarmee, daß lenkbare Luftballons und andere Luftfahrzeuge, die leichter als die Luft sind, als „Luftschiffe“ zu bezeichnen sind. Flugmaschinen, die schwerer als die Luft sind, fallen unter die allgemeine Bezeichnung „Aeroplanes“.

Die richtige Benennung von Flugzeugen.

Washington, 31. Juli. — Um sprachliche Verwirrungen, die sich mit der Entwicklung der Luftschiffahrt eingestellt haben, aus der Welt zu schaffen, bestimmte der Fliegerdienst der Bundesarmee, daß lenkbare Luftballons und andere Luftfahrzeuge, die leichter als die Luft sind, als „Luftschiffe“ zu bezeichnen sind. Flugmaschinen, die schwerer als die Luft sind, fallen unter die allgemeine Bezeichnung „Aeroplanes“.

Wenn jener New York Hotelier, der eine strumpflohe Dame aus seinem Lokal wies, Frau für Humor hätte, würde er der Ausgeniesenen ein paar alte Socken mit auf den Weg gegeben haben.

Sensation geplatzt

Paris, 31. Juli. — Alexander Ribot, charakterisierte Mathias Erzbergers Behauptung, Frankreich und England hätten Deutschland im August 1917 durch den Balkan Friedenstrategie gemacht und Deutschland habe diese Anträge zurückgewiesen, als „Verbreitung der Wahrheit.“ Herr Ribot, der damals Frankreichs Premier und Minister des Auswärtigen war, gab diese Erklärung in Marcel Gutins Zeitung „Echo de Paris“ ab. Der frühere Premier erklärt die Ereignisse wie folgt: „Kapit Vrenidit machte im August 1917 Vorschläge, welche als Grundlage für Friedensverträge an Deutschland dienen sollten. Frankreich und England beschloßen, diese Vorschläge abzuweisen. Der Empfang der Vorschläge wurde dem Papst höflich bezeugt, aber es geschah weiter nichts.“

Der britische Gesandte im Balti-